



## Ministerium für Soziales und Integration Baden-Württemberg

📅 30.05.2016

GESUNDHEIT

# Landesregierung entwickelt medizinische Versorgungsangebote in Baden-Württemberg zukunftsfähig weiter

**Sozial- und Integrationsminister Manne Lucha hat bekräftigt, medizinische Versorgungsangebote im Land gemeinsam mit den Akteuren des Gesundheitswesens weiterentwickeln und stärken zu wollen. „Unser Gesundheitssystem steht angesichts des demografischen Wandels vor großen Herausforderungen, denen wir uns nur erfolgreich stellen können, wenn alle zusammenarbeiten“, sagte der Minister im Sektorenübergreifenden Landesausschuss.**

Ziel müsse es sein, auch in Zukunft sicherzustellen, dass alle Menschen in Baden-Württemberg einen gleichberechtigten Zugang zu einer guten und bedarfsgerechten Gesundheitsversorgung in Anspruch nehmen können. Dem Sektorenübergreifenden Landesausschuss komme dabei eine wichtige Rolle zu.

Mit dem Sektorenübergreifenden Landesausschuss hat das Land in der vergangenen Legislaturperiode ein Gremium für die Bedarfsplanung von ambulanter und stationärer Versorgung geschaffen, in dem alle relevanten Gestalter des Gesundheitswesens sowie Patientenvertreter vertreten sind. Neben sektorenübergreifenden Versorgungsfragen berät der Ausschuss auch allgemeine Fragen der gesundheitlichen Versorgung und der Entwicklung medizinischer Versorgungsstrukturen.

## Land startet Modellprojekt für kreisübergreifende Gesundheitsversorgung

„Wichtige Impulse für die regionale medizinische Versorgungsplanung erhoffe ich mir von einem neuen Modellprojekt, mit dem das Land innovative Ansätze zur gesundheitlichen Versorgung der Bevölkerung entwickeln will“, so der Minister. In einer aus den Landkreisen Reutlingen, Biberach und Ravensburg bestehenden Modellregion sollen dabei über Kreisgrenzen hinweg Lösungen für eine sektorenübergreifende Weiterentwicklung der ambulanten und stationären Versorgungsstrukturen erarbeitet werden. Die aus dem Projekt gewonnen Erkenntnisse sollen im Anschluss auch anderen Regionen im Land zur Verfügung stehen.

Für das Modellprojekt, das von Beginn an wissenschaftlich begleitet wird, steht eine Million Euro zur Verfügung.

Das modellhafte Versorgungskonzept soll gemeinsam mit allen Partnern in der Region, mit Landräten und Oberbürgermeistern, Kreistagen, Gemeinderäten, Krankenhausträgern, Kassenärztlicher Vereinigung, Krankenkassen, mit dem Öffentlichen Gesundheitsdienst, Vertretungen der Gesundheitsfachberufe und der Pflege sowie den Bürgerinnen und Bürgern erarbeitet werden. Wissenschaftlich begleitet wird die Konzeptentwicklung durch das Institut für Allgemeinmedizin der Universität Frankfurt/Main. Die begleitenden Bürgerdialoge werden durch das Zentrum für interdisziplinäre Risiko- und Innovationsforschung der Universität Stuttgart wissenschaftlich unterstützt.

## Ärzteversorgung im ländlichen Raum sicherstellen

Der Minister kündigte im Ausschuss an, das bewährte Landärztförderprogramm des Landes fortzuführen und weiterzuentwickeln. „Die Sicherstellung der ärztlichen Versorgung ist gesetzliche Aufgabe der Kassenärztlichen Vereinigung. Die Landesregierung will aber mit dazu beitragen, dass die Menschen in Baden-Württemberg gerade im ländlichen Raum auch in Zukunft sicher sein können, dass es einen Hausarzt in ihrer Nähe gibt“, sagte Lucha.

Das Landärzteprogramm ist mit zwei Millionen Euro ausgestattet und richtet sich an Allgemeinmediziner, Kinder- und Jugendärzte und hausärztlich tätige Internisten. Diese können bis zu 30.000 Euro Landesförderung erhalten, wenn sie sich in einer ländlichen Gemeinde niederlassen, die als Fördergebiet ausgewiesen ist. Seit 2012 wurden 71 Anträge aus 19 Landkreisen mit insgesamt ca. 1,5 Millionen Euro bewilligt.

## Gesundheitskonferenzen spielen auch künftig wichtige Rolle

Bei der Aufgabe, in den Regionen des Landes passgenaue Lösungen für gesundheitspolitische Herausforderungen entwickeln zu können, kommt den Gesundheitskonferenzen dem Minister zufolge künftig eine wichtige Rolle zu. Auf den Gesundheitskonferenzen erarbeiten die regionalen Akteure des Gesundheitswesens vor Ort Lösungen für gesundheitspolitischen Herausforderungen der Region. Sie führen kommunalen Sachverstand und umfassendes fachliches Wissen zusammen und beziehen die Bürgerinnen und Bürger von Beginn an mit ein.

„Eine zukunftsfähige Gesundheitspolitik kann nur dann gelingen, wenn man alle Beteiligten in ein Boot holt und im Dialog gemeinsame Lösungen erarbeitet“, so der Minister. Mit dem 2015 beschlossenen Landesgesundheitsgesetz ist die Einrichtung von Kommunalen Gesundheitskonferenzen zur Pflichtaufgabe für die Stadt- und Landkreise in Baden-Württemberg geworden.